

Der neue Draht nach Moskau

VON JOSEF JOFFE

Der siebenjährige Krieg um Protokoll und Prestige, aber auch um Größeres ist vorbei: Kanzler Kohl reist noch in diesem Jahr nach Moskau, Generalsekretär Gorbatschow wird das Kompliment 1989 erwidern und nach Bonn kommen. Acht Jahre werden dann vergangen sein, seitdem ein Kremelchef - Leonid Breschnjew - den Bonnern die Reverenz erwies, Jahre, in denen die deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen eisig-feindselig und kühl-korrekt rangierten.

Derlei Temperaturabfall hatte mit Kohls Gorbatschow-Goebbels-Vergleichen, ja mit der Beziehung Bonn-Moskau als solcher, allenfalls nur vordergründig zu tun; entscheidend war die vielzitierte „Großwetterlage“. Die erste Hälfte dieses Jahrzehnts verdient sicher das Etikett „Zweiter Kalter Krieg“. Ausgebrochen war er nicht in Europa, sondern an der „Peripherie“ - in Angola, wo die Sowjets cubanische Truppen einsetzten, im neutralen Afghanistan, wo die Sowjets 1979 mit den eigenen Bataillonen einmarschierten. Freilich waren dies Vorgeplänkel; das eigentliche Kräftemessen zwischen Ost und West fand genau dort statt, wo schon der Erste Kalte Krieg entbrannt war: in Europa.

Da war plötzlich die „sowjetische SS-20-Drohung erkennbar“ geworden, die - so Helmut Schmidt - als „politisches Druckmittel geeignet“ war, „in Krisen Europa und die Vereinigten Staaten voneinander zu trennen“. Es folgte der Nachrüstungsbeschluss, dessen Logik Kanzler Schmidt unverblümt formulierte, als er Breschnjew 1981 in Bonn gegenüber saß: „Wenn Sie wünschen, daß es keine Stationierung gibt, dann müssen Sie alle SS-20 wegnehmen.“ Doch entschied sich die Sowjetunion für einen kapitalen Fehler: Sie rüstete weiter - offensichtlich in der Hoffnung, den NATO-Nachrüstungsverzicht umsonst zu bekommen: nicht durch Abbau der eigenen Raketen, sondern durch diplomatischen und innenpolitischen Druck auf die Stationierungsländer.

Damit geriet Bonn unweigerlich ins Zentrum der Schlacht. Die Bundesrepublik war das Scharnierland; ihre Entscheidung würde - so oder so - das Schicksal der Nachrüstung besiegeln. „Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden leiden“, drohte Andropow während Kohls letztem offiziellen Moskau-Besuch im Sommer 1983; ein „dichter Zaun von Raketen“ werde Bundesrepublik und DDR voneinander trennen. Kohl aber hatte inzwischen den „Raketenwahlkampf“ überzeugend gewonnen - und Schmidt hatte recht mit seiner Voraussage behalten, daß „die Kriegsfurcht“ nicht „zum Vorteil“ der Sowjetunion ausschlagen würde.

Freilich war die berühmte „Eiszeit“ (Andropow) der Preis. Ist sie nun endgültig vorbei? Vorweg fällt auf, daß Gorbatschows Außen-Pereostroika der Bundesrepublik jenseits aller groß-

mächtigen „Strafmaßnahmen“ eine andere und bescheidenere Rolle zugewiesen hat, als es etwa bei Breschnjew der Fall war. Dessen Westpolitik war „eurozentrisch“, zumal, als die Supermächts-Détente ab Mitte der 70er Jahre zu verfallen begann. In diesem Rahmen spielte Bonn eine Hauptrolle: mal umworben, mal bedrängt - aber in jedem Fall als Zielscheibe einer Politik, die Westeuropa in eine Sonderentspannung mit Moskau und gegen Washington einbinden sollte.

Gorbatschow hat seit seinem Amtsantritt 1985 die andere klassische Karte sowjetischer Westpolitik gespielt, und der Adressat war nicht die halbe Mittelmacht Bundesrepublik, sondern die ganze Großmacht Amerika. Die Etappen dieser Politik sind ebenso bekannt wie signifikant: Gipfeltreffen mit Reagan im Jahresrhythmus, schließlich - mit dem Washingtoner Vertrag vom Dezember 1987 - die formale Beendigung des Zweiten Kalten Krieges durch Beseitigung seines Kernstreitpunktes: der Euro-Raketen. Auch die anderen europäischen Mittelmächte haben in dieser Strategie eher eine beiläufige Rolle gespielt. Zwar besuchte Gorbatschow 1985 Paris und 1987 London, aber dort wurde Großes weder beschlossen noch beredet. Der Generalsekretär hat nach dem Debakel der Breschnjewschen Politik offensichtlich erkannt, daß zwar mit Europa eine begrenzte Sonderentspannung zu haben war, aber das Globale mit der Globalmacht Amerika zu regeln ist.

Diese nüchterne Erkenntnis zu beherzigen, ist sicherlich kein Schaden für Bonn. Die Deutschen haben sich in ihrer Geschichte immer wieder übernommen, wenn sie der Versuchung nachgaben, dem „Draht nach St. Petersburg“ (Bismarck) mehr zuzutragen, als er tragen kann. Ihn nie abreißen zu lassen, ist das Gebot der Vernunft für einen Staat, der im Schatten einer Supermacht leben muß. Doch den „ehrliehen Makler“ (Bismarck) oder den „Dolmetscher“ (Schmidt) zwischen Ost und West zu spielen, gar zu glauben, daß Deutsche und Russen zusammen das Geschick Europas bestimmen könnten - das hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder als Illusion erwiesen.

Es ist kein Zufall, daß Adenauer erst das große Geschäft mit dem Westen abschloß, bevor er im selben Jahr (1955) nach Moskau reiste. Brandts Ostpolitik bedurfte des westlichen Rückhalts, um die Interessen der Bundesrepublik 1972/73 in dem Quasi-Friedensschluß mit dem Osten durchzusetzen. Anno 1988 eine „neue Seite“ im Buch der Beziehungen aufzuschlagen, ist ein längst überfälliges Unterfangen. Doch im Zeitalter der Supermächte läßt sich an einer Erkenntnis schwerlich rütteln: Die beste „Rückversicherung“ in Moskau hilft wenig, wenn die Haupt-Police im Westen nicht ständig erneuert wird. 4